



Nr. 282. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünftauschter Jahrgang. — Verlag von Eduard Lippert.

Deutschland.

Berlin, 19. Juni. [Amliches.] Se. Majestät der König hat den Kreisgerichts-Director Schellbach in Kauflebien in gleicher Amtseigenschaft an das Kreisgericht in Posen versetzt; und dem Director der Landesirrenanstalt in Eberswalde, Dr. med. Friederich Karl August Binn den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath verliehen.

An dem Matthias-Gymnasium in Breslau ist der Gymnasiallehrer Dr. Müller zum Oberlehrer bestellt worden. An dem Schullehrer-Seminar zu Neudorf ist der provisorische Lehrer Hoffmann dasselbst als ordentlicher Lehrer angestellt worden. — Der bisherige Berg-Assessor Dr. Richard Schröder in Saarbrücken und der frühere Gerichts-Assessor August Boeres in Düsseldorf sind in Folge ihrer Übernahme zur Staats-Eisenbahndirektion ernannt worden. — Der früher bei der Bergbau-Märkischen Eisenbahn zu Elberfeld angestellt gewesene königliche Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector Antonius Schepers ist zur Westfälischen Eisenbahn versetzt und demselben die Betriebs-Inspectorfürstelle zu Paderborn verliehen worden. Der bisherige königliche Werkstätten-Vorsteher Lilly zu Paderborn ist als königlicher Eisenbahn-Maschinenmeister bei der Westfälischen Eisenbahn angestellt worden.

Berlin, 19. Juni. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfing heute den Besuch Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin auf seiner Durchreise.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] begab sich gestern Vormittag um 9 Uhr zu Sr. Majestät dem Kaiser in das Palais und nahm später in Gegenwart des Prinzen August von Württemberg und des stellvertretenden Commandanten die Meldungen des Garde-Corps entgegen. Mittags um 1½ Uhr hörte Höchstselbe den Vortrag des Chefs der Admiralität und arbeitete sodann mit dem Chef des Militärcabinets. Um 1½ Uhr erhielt Se. Kaiserliche Hoheit dem Ober-Präsidenten der Rheinprovinz, von Bardeleben, Audienz und empfing um 2 Uhr den Vice-Präsidenten des Staats-Ministeriums, Grafen zu Stolberg, und hierauf den Minister des Innern, Grafen zu Eulenburg. Später fuhr Se. Kaiserliche Hoheit in das Palais zu Sr. Majestät dem Kaiser und begab sich sodann um 3½ Uhr nach Potsdam, wo Höchstselbe über Nacht verblieb.

(R.-Anz.)

○ Berlin, 19. Juni. [Das Bestinden des Kaisers. — Verfügung des Oberkirchenrates. — Verwaltung des Agenden-Fonds.] Die ausführliche Erklärung der Leibärzte über das Bestinden des Kaisers war, wie aus ihren Worten hervorgeht, dazu bestimmt, allein hoffnungsvoller Ausschaffungen über die baldige Wieberherstellung des Kaisers entgegenzutreten, besonders wohl den Posten, welche von einem bevorstehenden Residenz-Wechsel und sogar von einer Badereise sprechen. Die Veröffentlichung hat nun, wie es in solchen Fällen zu gehen pflegt, die Stimmung nach der entgegengesetzten Seite geworfen und an vielen Stellen einen Pessimismus verbreitet, der in den wirklichen Umständen keinen Anhalt findet. Wir hören auf Grund zuverlässiger Erkundigungen versichern, daß der Kronprinz gestern zu den bei ihm sich meldenden Offizieren gesagt hat, daß die Hoffnung auf die Wiederherstellung des Kaisers, nur nicht in so kurzer Zeit wie vielfach angenommen wurde, ebenso gern als zuverlässig gehext wird. — Eine Verfügung des Co. Ober-Kirchen-Raths erklärt, daß den Candidaten der Theologie, welche eine Lehramtsprüfung bestanden und wenigstens ein Jahr lang ein Schulamt verwaltet haben, von der Verpflichtung dispensirt werden können, durch Absolvierung eines sechswöchentlichen Cursus an einem Schullehrer-Seminar sich für die Schulinspektion zu befähigen. — Im Einverständnis mit dem Minister der geistlichen Angelegenheiten ist die Verwaltung des Agenden-Fonds auf Grund des Gesetzes vom 3. Juni 1876 und der Allg. Verordnung vom 5. September 1877 auf den Co. Ob.-Kirchen-Rath übergegangen.

= Berlin, 19. Juni. [Vom Congres. — Die „Distanzirungs-Frage.“ — Vorlage über die Zwangseignung in Elsaß-Lothringen.] Heute Nachmittag 2 Uhr hat die dritte Congressitzung begonnen. Man erwartete, daß die bulgarische Frage den fortgesetzten Gegenstand der Debatte bilden und auch heute noch nicht zu Ende geführt werden würde. Die Angelegenheit steht, wie sich jetzt immer mehr herausstellt, im Mittelpunkt der gesammten Beziehungen, sie umfaßt die Haupthinteressen, welche für Österreich auf dem Spiele stehen und enthält die Vorbedingungen für die künftige Gestaltung von Serbien und Montenegro. Es ergiebt sich hieraus, daß man nicht so schnell in der Lage sein wird, diese Angelegenheit abzuwickeln, als man hier und da annehmen wollte. Auch die Frage wegen Zulassung Griechenlands dürfte heute berathen, wenn auch vielleicht noch nicht zum Austrag gebracht werden. — Die Mittheilung des „Globe“ über die Abmachungen zwischen Russland und England beschäftigen an dauernd die diplomatischen Kreise. Wenn man sich auf der einen Seite bemüht, das Ganze mehr oder minder als eine Erfindung zu bezeichnen, so steht man mit dieser Ansicht vereinzelt da. Wie wenig anzunehmen ist, daß die Abmachung völlig unecht sei, erhellt aus der Entfaltung des großen Apparats, um der Entstehung der Publikation auf den Grund zu kommen. Dagegen ist man einhellig der Ansicht, daß dem Schriftstück nur eine untergeordnete Bedeutung beizumessen ist, und daß es sich nur um die Grundlinien einer Verständigung handelt, an welcher man bei einer event. Erfolglosigkeit des Congresses hätte anknüpfen können. — Wenn bisher nur darauf Wert gelegt worden ist, die Stellung der einzelnen Mächte zu fixiren und, wo es erforderlich ist, eine Ausgleichung anzustreben, so scheint man jetzt doch auch mit dem Factor zu rechnen, daß die türkischen Bevollmächtigten in ihrer jetzigen Reserve manche Schwierigkeiten herbeiführen. Man erinnert sich, daß die Türken bei früheren Gelegenheiten — und man denkt namentlich an die Konstantinopeler Conferenzen — mit ihrem Nein die ernstesten Complicationen geschaffen haben und es macht sich daher der Wunsch geltend, es möchte auch hier außerhalb des Congresses eine Vermittelung angebahnt und dadurch die Congresverhandlung selbst erleichtert werden. Inzwischen erfährt man, daß die Türken ihre Ansichten dahin geltend machen werden, daß die Verwaltung der von ihrem bisherigen Besitzstand abzuhenden Theile nicht einer einzelnen Macht, sondern einem europäischen Einfluß, also etwa dem Zusammenspiel mehrerer Mächte übertragen werde. Ein Wunsch, der freilich die Absichten anderer befreiiger Mächte nahezu durchkreuzt und noch zu vielen Weiterungen führen wird. — Die sog. Distanzirungsfrage ist bisher auch nur noch in den weitesten Umrissen erörtert worden. Es ist als positiv festzuhalten, daß für Russland die Räumung der Festungen Varna und Schumla durch die Türken den Anfang und Endpunkt dieser ganzen Frage bildet und man

darf darauf vorbereitet sein, daß nach dieser Richtung an die Türken die Frage herantrete wird, ob und in welchem Umfange sie gedachten, ihnen durch den Vertrag von St. Stefano übernommenen Verpflichtungen zu genügen? — Die Serben hatten beabsichtigt, heute Mittag ihre Denkschriften dem Congresse zu übermitteln, doch haben sie diese Absicht noch vertagt. Dagegen hat heute der hier anwesende armenische Archimandrit Sava eine Petition überreicht, welche sich auf den Anschluß alterserbischer Gebietsteile in Serbien bezieht.

— Allmählig machen sich die Congres-Mitglieder mit dem Gedanken vertraut, längere Zeit in Berlin zu verweilen. Lord Salisbury hat die Herreise seiner Gattin veranlaßt und Graf Andrassy mehrfache Anordnungen getroffen, welche auf seinen längeren Aufenthalt in Berlin gerichtet sind. — Für Sonnabend hat der französische Botschafter St. Vallier die Congresbevollmächtigten und ihre hervorragendsten Begleiter zu einem Diner eingeladen. — Dem Bundesrat ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 3. Mai 1841 über die Zwangseignung in Elsaß-Lothringen, zugegangen. Der Entwurf, welcher zum ersten Male die Unterschrift trägt: „In Vertretung des Reichskanzlers: Friedberg. Herzog.“, umfaßt 10 Paragraphen und hat hauptsächlich den Zweck, an Stelle des bisherigen Geschworenen-Versahrens, welches zu so vielen Missgeschicken geführt hat, aufzuheben und die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte an deren Stelle zu setzen, während der Entwurf sich in seiner Fassung möglichst an das Gesetz von 1841 anschließt. Der Entwurf wird dem Landesausschuss unterbreitet werden. — Es bestätigt sich, daß der Justizausschuss des Bundesrates die Annahme des Rechtsanwalts-Ordnung nach der Fassung des Reichstages beschlossen hat; es ist dies als eine Folge des von preußischer Seite geführten Entgegenkommens anzusehen. In parlamentarischen Kreisen wird man es jedenfalls als eine große Entlastung des Reichstages begrüßen, daß die umfangreiche Rechtsanwalts-Ordnung nicht noch einmal auf der Tagesordnung zu erscheinen braucht.

□ Berlin, 19. Juni. [Der neue Obercommandirende in den Marken. — Beamtenurlaub. — Polizei-Maßregeln.] Nach dem neuesten „Militär-Wochenblatt“ sind allerdings bereits am 13. d. Ms. dem Prinzen August von Württemberg, commandirenden Generale des Gardecorps, die Funktionen eines Oberbefehlshabers in den Marken „bis auf Weiteres“ übertragen worden. Von einer Zahlung des Gehalts dieser Stelle kann aber zunächst keine Rede sein, da dieselbe im Militäretat für 1878/79 gar nicht vorgesehen ist. In Cap. 19 „Besoldungen für höhere Truppenbefehlshaber“ findet sich nämlich gegen den Bedarf des Vorjahrs ein Minus von 33,900 Mark und dazu ist ausdrücklich bemerkt: „Dies „Wentger“ erläutert sich durch Absehung in Folge Wegfalls der Stelle eines Obercommandirenden in den Marken.“ Nach dem Tode des alten Wrangel hat man es auch für selbstverständlich gehalten, daß der Posten, der schon lange inhaltlos war, eingezogen wurde. Bei den Staatsverhandlungen des Reichstages hat daher weder im Plenum, noch soweit bekannt geworden ist, in der Budgetcommission irgendemand ein Wort darüber verloren. Will man jetzt die Stelle von Neuem votiren, so ist die Bewilligung des Reichstags in einem Nachtrags-Etat nothwendig. — Auch der General-Postmeister ist dem Beispiel gefolgt und hat bestimmt, daß den Beamten seines Reviers in diesem Sommer Urlaub nur für die Zeit bis zum 29. Juli und vom 31. Juli ab ertheilt wird, so daß der Wahltag jedenfalls außerhalb der Ferien fällt. Die Gerichtssixten lassen sich mit dem Urlaube der Postbeamten und den Schulserien um deswillen nicht vergleichen, weil für sie Dauer, wie Anfangs- und Endtermin im Gesetz gegeben sind. Von einer Verlegung derselben ist daher auch keine Rede. In den Berliner Familien mehrt sich die Klage, daß durch die Verlegung der Schulserien, die vom Minister in bester Absicht decretiert worden ist, alle Reisepläne zerstört worden seien. — In dem Eifer socialdemokratischen Ausschreibungen zu wehren, begeht die Polizei auch zuweilen Missgriffe. So hat sie vorgestern hier eine Versammlung des gut fortschrittenen „Berliner Arbeitervereins“ aufgelöst, weil dieselbe nicht vorschriftsmäßig angemeldet sei, obgleich constatirt werden kann, daß sich der Verein schon seit drei Jahren in demselben Locale an jedem Montag versammelt.

△ Berlin, 19. Juni. [Der Gesundheitszustand des Kaisers.] Die allgemeine Erklärung der Aerzte des Kaisers vom gestrigen Tage wird im ganzen Deutschen Reiche diese Beurtheilung erregen. Allerdings hat man „in hoffnungsvoller Freude“ über den bisherigen stetig günstigen Verlauf des Krankheitszustandes wohl allgemein angenommen, daß die „völlige Genesung“, wenn auch nicht gerade „in nächster Nähe“, so doch in einigen Wochen bevorstehe. Die Erklärung der Aerzte rückt nun die „völlige Genesung“ in eine Enfernung, die zwar sehr unbestimmt bezeichnet ist, aber doch über die nächsten Wochen hinauszureichen scheint. Danach ist auch kaum anzunehmen, daß die tiefe Erregung, welche durch das ganze Volk zieht, noch vor dem Wahltage einer ruhigeren Stimmung Platz machen werde. Das aber bedauern wir aufrichtig. Freilich, wenn jene Erregung in rechter Weise jedem Wähler, gleichviel welcher politischen Partei er angehört oder zuneigt, zu Gemüthe führen würde, daß die Treue und Liebe zum Kaiser, der einen wahren universalschen unbefleckten Ausdruck der Volksmeinung in den Wahlen fordert, ihn zur sorgfältigsten Wahlbüstigsten Erwägung bei der Stimmbürgschaft verpflichtet, dann könnten wir ohne Besorgniß dem 30. Juli entgegenzusehen. Aber leider haben bei uns von jener gewisse Parteien sich fast bei keiner Wahl geschaut, den Namen des Regenten in den Kampf der Parteien hineinzuziehen, um ihre eigenen selbstlichen Interessen zu fördern. Leider liegen schon hinreichende Anzeichen vor, daß sie auch diesmal sich durch das Schmerzenzulager des Kaisers nicht davon abhalten lassen werden.

[Die Verantwortung für die Reichstags-Auslösung.] Die „N.L.C.“ schreibt u. a.: In einem Artikel über die Verantwortung für die Reichstagsauslösung polemisiert die halbamtl. „Provinzial-Correspondenz“ gegen den Wahlaufruf der nationalliberalen Partei. Selbst ist, daß das Organ der Regierung gerade diejenige Stelle des Aufrufes, auf welche es bei der von ihm gestellten Frage ankommt, gar nicht einmal mitteilt. Diese Stelle lautet: „Wir sind davon überzeugt, daß auch die große Mehrheit des aufgelösten Reichstags hierbei (bei dem Kampfe gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie) ihre Mitwirkung nicht versagt haben würde, welche unsere politischen Freunde schon damals anboten, als der

Reichstag sich gezwungen sah, das im letzten Augenblick vorgelegte Gesetz abzulehnen.“ Der Grund der Weglassung dieses Satzes ist freilich nicht schwer zu finden. Die „P.-C.“ versucht nämlich als einen bereits erreichten Erfolg des von der Regierung gehaltenen Schrittes zu konstatieren, „daher sofort nach der Auslösung die bisherigen Gegner sich für die „entfloßene“ Mitwirkung in dem Kampfe gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie erklärt haben. Wir müssen dem Gedächtniß der „Prob.-Corr.“ zu Hilfe kommen. Herr v. Bennigsen erklärte am Schlus seiner Rede vom 23. Mai ausdrücklich: „Das sind im Wettbewerb die Gründe, weshalb meine Freunde und ich diese Vorlage, so wie sie ist, nicht annehmen können, während wir keineswegs die Tendenzen belämpfen, den socialdemokratischen Ausschreitungen mit Gegenmaßnahmen entgegenzutreten, im Gegenteil vielmehr glauben, dieselben haben ein solches Maß erreicht, daß auf dem Boden des gemeinen Rechts durch eine feste Gesetzgebung, verbunden mit einer energischen Handhabung der Gesetze, diesen entgegengetreten werden muß.“ Wie kommt angehoben dieser Thatzettel das Organ der Regierung zu der Behauptung, daß die Gegner des am 24. Mai abgelehnten Gesetzes sich erst nach der Auslösung für die entfloßene Mitwirkung in dem Kampfe gegen die Ausschreitungen der Socialdemokratie erklärt hätten? Wir bedauern, daß halbmäßige Organe gleich am Beginne des Wahlkampfs in die Bahn einer solchen Feindseligkeit einlenken zu sehen. Um so entschiedener aber legen wir Verantwortung dagegen ein, daß auf dieser Bahn, wie die „Prob.-Corr.“ es thut, das „kaiserliche Banner“ aufgespannt werde. Das kaiserliche Banner schützt uns Alle; seine Partei, auch seine Regierung hat das Recht, sich gegen Andersdenkende mit denselben zu decken. Es ist ein gefährliches Beginnen, den Namen des Staatsoberhauptes in den Kampf der politischen Parteien zu tragen. Dagegen würde sich die „Prob.-Corr.“ ein wirkliches Verdienst erwerben, wenn sie endlich einmal die „Ziele und Wege“ der Regierung, welche das Volk in seiner großen Mehrheit“ angeblich billigt, entblößen wollte.

[Das zweite Gesicht der Offiziösen.] Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt mit Bezug auf die Verhandlungen über die Socialistenvorlage: „Seit Monaten konnte man Attentate vorausehen.“ „Man“ konnte Das! Wer ist dieser „man“? Jedenfalls doch wohl nicht die Regierung; denn es würde sonst unbegreiflich sein, warum in einer ganzen Reichstagsession von ihrer Besorgniß absolut nichts zu erkennen gegeben hätte. Möge sich also die „N. A. Z.“ etwas deutlicher erklären.

[Marine.] Sr. M. bediente Korvette „Elisabeth“, 19 Geschütze, Commandant Capt. z. S. von Wickede, hat am 26. April Panama verlassen, ankerte am 27. desselben Monats in der Pinas Bay, setzte am 1. Mai die Reise fort, erreichte am 6. Mai Punta Arenas, ging am 7. Mai wieder in See, ankerte am 9. vor Guayaquil und beabsichtigte am 15. Mai c. Nachmittags, die Reise fortzusetzen.

Tondern, 19. Juni. [Wahl.] Bei der heute im 4. schleswigschen Wahlkreise (Tondern) stattgehabten Erstwahl eines Abgeordneten zum Abgeordnetenhaus wurde Obertribunalrat Johannsen in Berlin (nat.-lib.) einstimmig gewählt.

Hannover, 16. Juni. [9. Generalversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins.] Vor Eintritt in die Tagesordnung der unter Vorzüg des Herrn Dr. Brodhans-Leipzig hier stattfindenden Generalversammlung befandete dieselbe ihre Gesinnungen gegenüber den Attentaten auf die Person des Kaisers, denen entsprechend ein Telegramm an den Kronprinzen abgesandt wurde. Bei der Frage über den in Folge des Beschlusses der Nürnberger Generalversammlung von einigen Kreisen gestellten Antrag auf Revision des Tarifs vom 1. Juli 1876, wurde mit überwiegender Majorität beschlossen: 1) Der von Seiten der Principale gestellte Antrag auf Revision des Tarifs vom 1. Juli 1876 ist formell richtig gestellt. 2) Falls bis 1. Juli fol. Jahres ein neuer Tarif nicht vereinbart und angenommen wird, verlieren die bisherigen Besinnungen ihre Kraft. — Um die Eventualität einer tariflosen Zeit thunlich zu vermeiden und eine Verständigung mit der Gewerkschaft womöglich noch herbeizuführen, finden weiter folgende Anträge Annahme: 3) Der bisherige Tarif soll mit Ausnahme einiger Bestimmungen — wie über die Kompetenz des Einigungsamtes, die Schiedsämter und das gewisse Geld — ferner vom 1. Juli 1878 ab beibehalten werden. 4) Falls bis 1. August 1878 eine anderweitige Vereinbarung mit der Gewerkschaft nicht zu erzielen ist, hat der Vereinsvorstand seinerseits einen Tarif zu publiciren. Hierbei soll, um das für wünschenswürdig erkannte Prinzip eines Minimaltarifs und dessen allgemeine Festhaltung zu sichern, — die bei den bisherigen hohen Positionen namentlich in den kleineren Städten nicht, oder doch nur mit großen Opfern möglich war — eine Reduction der dermaligen Grundpositionen um circa 16% Et. zu Grunde gelegt werden, während in den Localzulagen eine den verschiedenen örtlichen Verhältnissen entsprechende Regulirung gefunden werden soll. Zum Schlus gelangte noch folgende Resolution zur Annahme: „Der deutsche Buchdruckerverein erklärt es für eine Pflicht seiner Mitglieder, den socialdemokratischen Gesinnungen und Agitationen unter den von ihnen beschäftigten Arbeitern entgegenzuwirken, insbesondere sie vor der Beihilfe zu wehren, begeht die Polizei auch zuweilen Missgriffe. So hat sie vorgestern hier eine Versammlung des gut fortschrittenen „Berliner Arbeitervereins“ aufgelöst, weil dieselbe nicht vorschriftsmäßig angemeldet sei, obgleich constatirt werden kann, daß sich der Verein schon seit drei Jahren in demselben Locale an jedem Montag versammelt.“

Bielefeld, 6. Juni. [Resolution.] Der hierzorige Kampfgenossen-Krieger-Verein hat eine Resolution beschlossen, deren Hauptzüge lauten: Wir erklären, daß wir kein Mitglied socialdemokratischer Vereine, auch Niemanden, der sich zu socialdemokratischen Tendenzen bekannt, in unserem Verein dulden werden. — Der Verein als solcher wird aus der bisher beobachteten Passivität gegenüber den genannten Bestrebungen herausstreten und zur Bekämpfung derselben und ihrer Träger mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln in corpore überall da austreten, wo sich die Gelegenheit bietet.

Dresden, 19. Juni. [Silberne Hochzeit.] Bei der gestern stattgehabten Galatasel brachte Prinz Albrecht von Preußen folgenden Toast aus: „Auf das Wohl des allerhübschesten Jubelpaars, dessen Se. Majestät der Kaiser heute in besonderer herzlicher Theilnahme, wie ich weiß, gedenkt — das wir getragen von der Anhänglichkeit, Treue und Liebe seines Volkes die silberne Hochzeit feiern sehen und das mit uns viele auf dem ferneren Lebenswege mit dem Wunsche begleiten, daß Gott ihre glückliche Ehe ferner zum Heile des Landes segnen wolle! Auf das Wohl Ihrer königlichen Majestäten des Königs und der Königin!“ Se. Majestät der König dankte in einem Toaste auf das Wohl der hohen Gäste, deren Anwesenheit Ihren Majestäten das heutige Jubelfest verherrlicht habe.

— ch. Von der sächsischen Grenze, 17. Juni. [Silberhochzeit. — Schaffrath's Candidatur. — Sächsische Finanz-Verwaltung.] Die Feierlichkeiten zur Feier der silbernen Hochzeit des Königspaares haben unter günstiger Witterung am Sonnabend begonnen. Eine Begrüßung des Königspaares in Pillnitz durch 1700 Kinder aus sämtlichen Schulen der Dresdner Amtshauptmannschaft, die von 150 Lehrern geführt, Geschenke, Blumen, Glückwünsche brachten, machte den Anfang, dann folgte der ländliche Aufzug, und Abends brachte die Dresdner Eledertafel, die auf einer Dampferzille nach Pillnitz gefahren war, dieselbe Serenade dar, wie vor 25 Jahren. — In den nationalliberalen Kreisen der Residenz Dresden ist man von dem Gedanken zurückgekommen, mit der conservativen Partei bei den Reichstagswahlen für einen Conservativen zu stimmen. In einer gestern

abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung der Vorstände der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei ist einstimmig beschlossen, daß die bewährten Führer der Fortschrittspartei, Justizrat Dr. Schaffrath, als Reichstagskandidaten Bebel in Dresden-Alstadt gegenüber zu stellen. Man erwartet, daß auch die conservative Partei zu Gunsten der Schaffrath'schen Candidatur darauf verzichtet, den Minister a. D. Freiherrn von Friesen aufzustellen, der übrigens die Annahme der Wahl davon abhängig gemacht hat, daß sich sämmtliche Ordnungsparteien für seine Candidatur entscheiden. Minister v. Friesen wird wahrscheinlich in einem andern Wahlkreise aufgestellt werden. Daß Dr. Schaffrath über Bebel siegt, wenn außer den Liberalen auch das Gros der Conservativen für ihn stimmt, ist anzweifelhaft und so hat denn Dresden Aussicht, seinen Spitznamen „Bebelburg“ wieder los zu werden. Der Leipziger Land-Kreis, dessen Vertreter der socialdemokratische Hof-Baurath a. D. Decamler in Schwerin war, wird sich nach einem andern Vertreter umsehen müssen, da Demmler die Wiederannahme eines Mandates bestimmt abgelehnt hat. — Der Rechenschaftsbericht für 1874—75, den die sächsische Finanzverwaltung dem Landtage erstattet hat, ist Anlaß zu einer interessanten Debatte in der zweiten Kammer geworden, in welcher der Constitutionalismus Sachsen's und die Grundsätze der Finanzverwaltung erörtert werden. Der Bericht ergab, daß die Gesamt-Einnahme den Voranschlag von 96,585,044 M. um 12,282,047 Mark überschritten hat und außerdem noch über 2 Millionen für Neubauten, Meliorationen u. a. aus Betriebsmitteln entnommen sind. Da die Bewilligungen bei dem Einnahmebudget bezüglich verschiedener Ausgaben bei Industrieanstalten um mehr als $1\frac{1}{4}$ Millionen überschritten waren; so haben die Abgeordneten wegen des enormen Mehraufwandes eine Auskunft verlangt und dabei erfahren, daß es bisher bei den einzelnen Staatsindustrie-Anstalten üblich gewesen ist, zunächst darauf zu halten, daß das etatistische Nettoertragssatz erreicht und an die Hauptkasse abgeliefert wird, so bald aber dies Resultat erreicht ist, sich im Betreff der im Interesse der Anstalt für nötig erachteten Meliorationen, Neubauten u. s. nicht weiter an die Bewilligungen der Kammern gebunden zu erachten. Diese erstaunliche constitutionelle Leistung erregte bei ihrer Darlegung solche Verwunderung, daß es die Regierungskommission doch für ratsam hielten, hinzuzufügen, neuerdings seien Seiten des Finanzministers die bündigsten Verordnungen an die Staats-Anstalten ergangen, daß sie sich bezüglich aller Ausgaben an die etatistischen Feststellungen zu halten hätten. Auch bei den Staatsausgaben, ordentlichen wie außerordentlichen, sind erhebliche Überschreitungen des Etals, im Ganzen von etwa 5½ Millionen vorgekommen. Der Finanzausschuß hatte angefischt solcher bedeutenden Etatsüberschreitungen zwar Decharge zu ertheilen beantragt, aber auch vorgeschlagen, der Regierung die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß sie die Gelder des Staates fortan nur innerhalb der Grenzen des mit den Ständen vereinbarten Budgets zur Verwendung gelangen lassen wird. Mit der — nach Ansicht des Abg. Walter über großen — Höflichkeit, welche den Bericht des Ausschusses charakterisiert, hatte der Ausschuß auch an diesen gewiß äußerst milden Antrag noch einen Zusatz gefügt, worin Ausnahmen in solchen Fällen, wo sie durch zweifellose Dringlichkeit oder zur Abwendung eines erheblichen Nachtheils für den Staat geboten erscheinen, gestattet wurden. In der Debatte drückte Abgeordneter Walter-Dresden eins der populärsten Mitglieder der Fortschrittspartei, sein Erstaunen über die Etatsüberschreitungen und zugleich sein Bedauern aus, daß Sachsen eine Ministerverantwortlichkeit nicht besitzt, und forderte die Errichtung einer Oberrechnungskammer, welche solchen Ungesetzlichkeiten entgegentreten könne. Abg. Stephany ging noch einen Schritt weiter und verlangte außer Einsetzung einer Oberrechnungskammer zur Kontrolle der Finanzverwaltung auch noch die gesetzliche Feststellung der Grundsätze, nach welchen bei Aufstellung des Budgets zu verfahren sei. Der Minister v. Nostiz widersprach der Behauptung Walter's und weisete darauf, daß der sächsische Landtag nicht nur berechtigt sei, über das Gesamtministerium oder einzelne Minister beim König Beschwerde zu führen, sondern auch dieselben in Anklagezustand zu versetzen, und der Finanzminister v. Sonnenberg, der die Erbschaft seines Vorgängers zu verteidigen hatte, konnte mit einiger Bestreitung darauf verweisen, daß bereits von seinem Amtsvorgänger Anordnungen gegen Überschreitungen des Etals getroffen seien. Von einer Oberrechnungskammer aber wollten beide Minister nichts wissen, und der Finanzminister warnte sogar, das Rechnungswesen noch mehr zu erweitern, weil man sonst in einer Fluth von Rechnungsbeamten untergehe. Einen unerwarteten Beifall erhielten die Minister in Betreff der Oberrechnungskammer in dem Abg. Dr. Schaffrath, der seinen Zweifel ansprach, daß die Oberrechnungskammer Überschreitungen verhindern könne, wenn sie nicht auf der Finanzhauptkasse säße und den Schlüssel dazu hätte, eine Bemerkung, die den national-liberalen Abg. Penzig veranlaßte, darauf hinzuweisen, daß die Oberrechnungskammer, wenn auch keine Überschreitungen hindern, doch Rechtfertigung derselben von den Behörden fordern könnte. Lebriens sprach sich auch Dr. Schaffrath über die maflosen Etatsüberschreitungen sehr bedauernd aus und erklärte: Mit dem ständischen Geldbewilligungsschreie sei es tatsächlich aus, wenn diese Wirtschaft — so müsse man es nennen — noch länger so fortgehe. Wenn auch die Regierung das Budgetrecht der Stände niemals besessen habe, so sei dasselbe doch faktisch illusorisch, so lange die bisherige Praxis nicht verlassen werde. Er stellte deshalb auch den Antrag, den Schlussparagraph des Ausschusstantrages, betreffend die eventuellen Ausnahmen, zu streichen. Mit dieser Änderung wurde denn auch der Ausschusstantrag am Sonnabend angenommen. Freilich stellte sich später heraus, daß ein Abgeordneter, wie er selbst erklärte, „nur aus Versehen“ für das Schaffrath'sche Amendment gestimmt und dadurch dessen Verwerfung verhindert hatte, da sich sonst 34 und 34 Stimmen entgegengestanden hätten und die des Präsidenten Haberkorn den Ausschlag gegen das Amendment gegeben hätte.

Frankreich.

○ Paris, 17. Juni. [Der literarische Congres. — Gambetta über den Nutzen der Volksbibliotheken. — Die Enthüllungen des „Globe“. — Vom Wettkennen.] Die Zeit gehört den Congressen und Reden; die Begegnheiten sind dürtig. In derselben Stunde, da sich heute die Vertreter Europas in Berlin zu ihrer zweiten Sitzung versammelten, hielt der in Paris vereinigte literarische Congres eine feierliche Sitzung im Châtelet-Theater. Gewiß handelte es sich dort nicht um so wichtige und dringliche Dinge, wie sie im Radziwill'schen Palaste besprochen werden. Gleichwohl hat auch dieser literarische Congres seine Bedeutung und jedenfalls unterscheidet er sich von dem diplomatischen zu seinem Vortheil dadurch, daß er seine Verhandlungen nicht in undurchdringliches Geheimnis hält. Der Held des Tages war natürlich wieder Victor Hugo, welcher den Vorsitz führte. Als er erschien, brachen endlose Jubelrufe in allen Rängen des Theaters los. Ehe er jedoch selbst das Wort ergriff, sah er in einer feinen Rede auseinander, zu welchem Zwecke der Congres berufen worden. Es gilt die Gründung eines internationalen Vereins, welcher in allen Ländern das

literarische Erzähnlum schützen soll. Wie Mitglieder des Congresses sind entschlossen, zur Ausarbeitung eines Schürgesetzes schriftlich zu sein. Neben den selben Gegenstand sprach dann B. Hugo in seiner bekannten schwunghaften, pathetischen Weise. Das J. 1878, sagte er unter Anderem, ist ein großes und denkwürdiges Jahr, denn es hat der Civilisation das Wort ertheilt; es ist ein merkwürdiges Jahr, denn es ersteht den Krieg durch den Fortschritt. Die Ausstellung zeigt das Bündniß der Industrien, der gegenwärtige Congres das Bündniß der Literaturen. Die Literatur ist die Beherrschung der Welt durch den Geist, die Größe der Völker bemüht sich nach ihrer Literatur. Der Congres hat keine Gesetze zu machen, aber wenn die Gesetze ihn nicht anhören, so bringen sie sich ins Unrecht... Die Aufgabe der Schriftsteller ist es, überall das Licht zu verbreiten und den Gedanken zur Geltung zu bringen, daß alle menschliche Weisheit in dem Worte Verhöhnung besteht. Das menschliche Geschlecht leidet an einer Krankheit, welche der Hass heißt. Hass dem Hass! Christus hat den allgemeinen Abrüstungsbefehl ertheilt: „Liebet euch unter einander!“ Die Pflicht der Schriftsteller ist es, sich zwischen die beiden Armeen zu werken, den Königen zuzuruhen: „Schont das Leben der Völker!“ und den Völkern: „Schont das Leben der Könige!“ Zerstören wir den Hass! Er wird am Besten durch die Verzögerung zerstört. Frankreich zeigt der Welt seine Gastfreundschaft, es möge ihm auch seine Milde zeigen. Ein Fest, an dem nicht Alle Theil nehmen, ist kein Fest. (Rufe: Es lebe die Amnestie!) Was wir der Welt in diesem Jahre zeigen müssen, ist das: Der Verbannte aufrecht am Horizont und das Vaterland seine Arme öffnend. So Victor Hugo. Unmöglich zu sagen, daß er, wie in der Regel, bei jedem Zug von sturmischen Beifall unterbrochen wurde. Im Theater der Gobelins, einem kleinen Theater des XIII. Arrondissements, hat gestern Gambetta eine Rede gehalten. Er präsidirte nämlich einer Conferenz, die zum Benefiz einer neu gegründeten Volksbibliothek veranstaltet worden und in welcher Ch. Quentin als Hauptredner auftrat. Natürlich verlangte das Publikum zum Schlusse einige Worte von Gambetta, und dieser ließ sich nicht bitten. Er ließ sich über den Nutzen der Volksbibliotheken vernehmen und erklärte, es komme dabei nicht nur auf die intellektuelle Ausbildung des Volkes an, sondern man müsse auch ganz besondere Rücksicht auf die technische Ausbildung der verschiedenen Arbeiterklassen nehmen, um den Erwerb derselben zu erhöhen und ihnen das Leben behaglicher zu machen. Unter diesem Gesichtspunkt sei an den bisher bestehenden Bibliotheken Manches zu tadeln. Zum Schlusse erging sich Gambetta in einigen Betrachtungen über die allgemeine politische Lage Frankreichs und gab abermals seinen unerschütterlichen Glauben an die Ueberwältigung der Reaction zu erkennen. Die Langsamkeit des Fortschritts darf Niemanden erschrecken. „Meine Herren, rief er, treiben wir eine Zukunftspolitik, treiben wir, wie der alte Dichter sagt, eine Politik für unsere Nassen.“ — In Ermangelung zuverlässiger Nachrichten über den Gang der diplomatischen Unterhandlungen in Berlin discutierten die Blätter die Enthüllungen des „Globe“. Die „Débats“ äußern sich immer unzufriedener über die Haltung Englands. Sie sehen in den vom „Globe“ veröffentlichten Actenblättern den unwiderleglichen Beweis dafür, daß England sein europäisches Programm aufgegeben, daß nicht mehr die russische Regierung der englischen, sondern umgekehrt, die englische der russischen Zugeständnisse und große Zugeständnisse gemacht hat. „Wenn man, sagen die „Débats“, diese Reculade Englands, dieses unerwartete Ausgeben der allgemeinen europäischen Interessen, diesen falschen Rückzug auf das Gebiet der Privatinteressen sieht, so muß man, um ungarisch zu bleiben, wohl anerkennen, daß das Wiener Cabinet alles in Allem correcter und folgerichtiger gehandelt ha, als das Londoner Cabinet, und daß die schläfrige Haltung des Grafen Andrássy weit untadelhafter ist, als diejenige Lord Beaconsfield's, wie sie sich heute darstellt. Die öffentliche Meinung Europas wird zwischen derseinigen und derjenigen der englischen Minister entscheiden.“ — Das gestrige Rennen ist nicht nach dem Wunsche der Pariser ausgefallen: daß einzig das Pferd, welches an dem Rennen Theil nahm, der Thuriot, dem Fürsten Soltykoff gehörig, hat den Preis davon getragen. Die Enttäuschung war groß, da alle Welt für Insalair (des Grafen Lagrange) gewettet hatte.

○ Paris, 18. Juni. [Unterredung von Delegirten der Kammermajorität mit Dufaure. — Vom literarischen Congres.] Es ist seit mehreren Tagen von einer Unterredung gesprochen worden, welche die Delegirten der Kammermehrheit sich von Dufaure ausgetragen hätten. Diese Unterredung hat gestern erst stattgefunden. Es scheint, daß alle Beteiligten von dem Resultat derselben bestredigt sind. Alle republikanischen Fraktionen waren dabei vertreten. Die äußerste Linke durch Louis Blanc, Madier Montjau und Lockroy, die republikanische Union durch Floquet, die eigentliche Linke durch Leblond, das linke Centrum durch Robert de Mossy und Frank-Chauveau. Die Deputirten der äußersten Linken, namentlich Louis Blanc und Madier de Montjau, führten das Wort und beschwerten sich über die bekannten Neuerungen des Kriegsministers bezüglich der Gendarmerie, welche Neuerungen nicht nur in der Kammer, sondern auch im Lande die größte Unzufriedenheit hervorgerufen hätten. Wenn nicht die gegenwärtige Regierung das volle Vertrauen der Mehrheit besäße, so wäre eine Interpellation unausbleiblich gewesen, aber die Linke habe dem Ministerium, namentlich angesichts der nahen Ferien, keinerlei Schwierigkeiten bereitet wollen. Sie müsse aber den Conseil-présidenten auf die schlechte Wirkung der Borelli'schen Reden aufmerksam machen und ihn auffordern, etwas zu thun, um dieselbe abzuschwächen. Das beste Mittel wäre wohl, die Veröffentlichung eines Rundschreibens, worin die Regierung der Gendarmerie ihre Pflicht klar mache, mit den republikanischen Behörden in gutem Einvernehmen zu leben. Sie entschiedener dieses Randschreiben abgefaßt werde, um so besser. Dufaure nahm in seiner Antwort seinen Collegen, den Kriegsminister, in Schuß. Derselbe sei nicht gewohnt, in der Kammer zu sprechen und habe sich daher nicht mit der wünschenswerten Klarheit ausgedrückt. Auf keinen Fall sei es ihm in den Sinn gekommen, zu einem Conflict zwischen der Armee und den republikanischen Bürgern einen Vorwand zu geben. Um aber alle Missverständnisse zu beseitigen, werden er, der Justizminister und der Minister des Innern in zwei Rundschreiben an die Gerichtsbehörden und Präfekten die Absichten der Regierung darlegen und zwar so, daß sich Niemand über ihren Sinn täuschen kann. Es wurden dann noch vorübergehend die Gerüchte über die jüngsten Anstrengungen der Reactionspartei berichtet und Dufaure erklärte, daß in dieser Beziehung nicht das Gerlingste zu fürchten sei. — Wir haben gestern unsere Mittheilung über die Sitzung des literarischen Congresses nach der Rede Victor Hugo's unterbrechen müssen. Als die beträchtliche Aufregung, welche diese Rede des französischen Dichters hervorgerufen hatte, ein wenig beschwächtigt worden, und als die Vertreter des Auslandes sämtlich unter allgemeinem Jubel dem Rebner die Hand geschüttelt hatten, ergrißen mehrere dieser auswärtigen Schriftsteller das Wort, um ein Compliment an Frankreich zu richten. So für Italien Mauro-Machi, für Rusland Ivan Turgeneff, für England Blanchard Jerrold und für Deutschland Löwenthal. Dieser letztere reichte am Schlusse seiner Rede im Namen Deutschlands der französischen Nation in der Person ihres berühmtesten Dichters Victor Hugo die Hand, welche der letztere unter erneuertem Beifall ergriff. Den

Schlus machte Tales Simon mit einer glänzenden Improvisation, worin er den Wunsch aussprach, daß die civilisierten Völker endlich darauf verzichten mögen, einander mit Kanonen und Zolltarifen zu bekriegen. Es werde ein Tag kommen, wo die Akademie sich bewegen findet, das Wort „Fremder“ durch das Wort „Gastfreund“ oder „Freund“ zu ersetzen. Die Annäherung der Völker an einander könne sich vollziehen, ohne daß darum eines derselben seine Nationalität aufzugeben braucht. Am Abend vereinigten sich alle Congresmitglieder zu einem Banket im Hotel Continental, wobei ebenfalls tüchtig getoastet wurde.

Spanien.

Madrid, 13. Juni. [Silvela. — Zwistigkeiten im Ministerium. — Civilisation der Stiere. — Aus Cuba.] Seit der denkwürdigen Congres-Sitzung vom 25. Mai, in Folge deren der erste Vizepräsident Francisco Silvela um seine Entlassung einkommen mußte und den vereinigten Linken dadurch eine große Genugthuung ward, daß in der nächsten Sitzung die Debatte über die militärischen Zustände in Barcelona wieder aufgenommen wurde, ist — so schreibt man der „R. Zeit.“ — die Mannschaft der Mehrheit in noch bedenklicher Weise gelockt worden. Francisco Silvela hat mehr Anhänger unter den Abgeordneten, als die Regierung anzunehmen schien. Jetzt, wo es sich darum handelt, einen neuen Vizepräsidenten zu wählen und nachdem Canovas erklärt hat, daß er aus der Wahl seines Schülers Arioles eine Cabinetsfrage mache, zeigt sich, daß mehr als vierzig Abgeordnete der Mehrheit sich der Abstimmung enthalten wollen, um dadurch ihre Missbilligung gegen das von der Regierung gegen Silvela beobachtete Verfahren auszudrücken. Eine Unterredung, die letzterer heute mit dem Ministerpräsidenten hatte, scheint zu keinem günstigen Ergebnisse geführt zu haben. Canovas bemühte sich vergeblich darzuthun, daß man nicht gleichzeitig Freund der Regierung sein und gegen ihre Vorlagen stimmen könne, worauf Silvela kalt antwortete, daß er und seine Anhänger sich nicht mehr unter die Mehrheit zählen. — Während so im Congres offen und im Geheimen gegen das Cabinet intrigirt wird, scheinen sich in dessen Schoße selbst mancherlei Zwistigkeiten abzuspielen. Die Aussöhnung zwischen dem Colonial-Minister Elduayen und Romero Robledo ist nur scheinbar. Bei vielen Fragen gleicht es Meinungs-Verschiedenheiten, die in Streitigkeiten ausarten, so daß Canovas ernstlich mit dem Gedanken umgeht, nach-Schlus der Legislaturperiode sein Cabinet umzustalten. Der Finanzminister Orozco, der sich im Senat wegen seiner Begriffe von solidarischer Schuld arg blamiert hat, soll sein dorniges Amt an einen Anderen abtreten und auch Romero Robledo soll einer füglameren Persönlichkeit Platz machen. Dieser letztere ist nämlich der Ansicht, daß jenseitige Cabinet könnte keine Neuwahlen vornehmen, ohne sich selbst und der Dynastie zu schaden; er will diese Sorge einem anderen Ministerium überlassen wissen. Canovas ist dagegen entschlossen, die Macht so lange in Händen zu behalten, bis er in den Cortes eine Niederlage erleidet, oder „bis ihm der König sein Vertrauen entzieht“, wie er um so lieber sagt, als er nicht glaubt, daß dieser Fall je eintreten könne. Unbegündet ist die Scheu des Ministers des Innern vor Neuwahlen indessen nicht. Die Constitutionellen würden sich beispielweise dadurch jeder Hoffnung beraubt sehen, in den nächsten fünf Jahren ans Ruder zu kommen, und eine solche Zumuthung kann an den bereits schwer geprüften Magen der Partei nicht gestellt werden. Daher sieht man dann auch, wie die Freundschaft zwischen den Sagastinos und den Republikanern genau in demselben Maße zunimmt, wie die Wahrscheinlichkeit, daß Canovas Neuwahlen vorzunehmen gedenkt, größer wird. Ruiz Zorrilla, welcher bisher ein unübersteigliches Hindernis für die Einigung der liberalen Parteien (Republikaner, Radikale und Constitutionelle) bildete, soll in der letzten Zeit vernünftiger geworden sein und seine sozialistischen Bestrebungen aufgegeben haben. Der Congres beschäftigt sich neben den erwähnten Intrigen auch mit der Beratung des Budgets, die aber vor leeren Bänken stattfindet. Es ist nicht allein die Regierung, welche kein Interesse für das materielle Wohl des Landes hat, sondern sämtliche Parteien sind sich in diesem Punkte gleich. Das Budget ist in so fern auch für das Ausland von Bedeutung, als darin die Aufhebung der im vorigen Jahre auf viele Artikel gelegten außerordentlichen Zuschlagszölle beantragt ist. Im Senat hat in den letzten 14 Tagen nur eine Sitzung stattgefunden, welche das öffentliche Interesse in Anspruch nahm. Es war die vorige, in welcher Oliván seinen auf allmäßige Abschaffung der Stiergefechte zielenden Antrag einbrachte und vertheidigte. Der berühmte Olozaga und nach ihm der Marquis von San Carlos haben schon oft vergeblich im Congres gegen diese nationalen Schauspiele gepredigt. Im Senat war kein besserer Erfolg zu erwarten. Der Graf Toreno, dem die Bekämpfung des Antrags Oliváns der Regierung anvertraut war, sprach mehr von seinem Standpunkte als Liebhaber der Stiergefechte, denn als Minister. Nach seiner Meinung sind die Stiere nicht mehr so wild wie früher, weil das Land von mehr Wegen und Eisenbahnen durchschnitten wird. Die Corridas bieten daher weniger grausame Momente als ehemals dar. Diese Theorie von der Civilisation der Stiere, während man in Camunas die protestantische Kirche und Schule zertrümmert, ist einzlig in ihrer Art und macht dem Ackerbau- und Unterrichtsminister Ehre. — Am 8. d. ging der Regierung von den Generälen Jovellar und Martinez Campos die telegraphische Nachricht zu, daß die letzten Empörer auf Cuba die Waffen gestreckt hätten. Der Friede ist also endlich zur Thatstheorie geworden. Sowohl der Senat als auch der Congres sandten Glückwünsche an die Armee auf der Perle der Antillen.

Großbritannien.

A. A. C. London, 17. Juni. [Socialdemokratisches Meeting.] Am Sonnabend Abend fand in der Temperley-Halle im Osten Londons eine vom socialdemokratischen Arbeiterverein einberufene Massenversammlung statt, um über die nachstehenden Fragen Beschlüsse zu fassen: „Was waren die Zwecke der Deputation an den deutschen Kronprinzen?“ „Die Presse und die arbeitenden Klassen und die Bekleidungen der Arbeiter im Allgemeinen.“ Der Vorsitzende, Herr Eugen Mendel, stellte den folgenden Antrag: „Die Versammlung erklärt aufs Nachdrücklichste, daß die Deputation, welche fürsäglich dem deutschen Kronprinzen im Namen der deutschen Arbeiter Londons eine Loyalitäts-Adresse überreichte, weder jenen Klassen angebotete, noch irgend ein Recht besaß, in deren Namen zu sprechen, da die Verfasser der Adresse, obgleich sie von der zur Veratung einberufenen öffentlichen Versammlung überstimmt worden, die Adresse dennoch überreichten, woraus sich ergiebt, daß diese Individuen nur ihre eigenen Interessen im Auge hatten.“ Diese Versammlung sei einberufen, um darzuthun, in welcher Weise die Socialisten an der Angelegenheit des Kronprinzen, mit dem sie durchaus nichts zu thun hätten, beteiligt gewesen wären, und daß die vor dem deutschen Botschaftshotel erschienenen Socialisten nur die Absicht gehabt hätten, öffentlich fund zu thun, daß sie mit der Adresse nichts zu thun hätten. Was das jüngste Attentat auf das Leben des Kaisers betrifft, so hätten die Socialisten weder mit Königen und Kaisern noch mit Attentatsverbrechern zu thun. Er protestierte in entschiedener Weise, daß Dr. Nobiling, ihr Partei angehörte, was niemals der Fall gewesen sei. Der Antrag wurde von Herrn Ehrhardt, welcher Deutsch sprach, unterstützt und angenommen. Der zweite Antrag wurde von Herrn Louis Weber gestellt, welcher erklärte, daß es in London erscheinenden deutschen Organe die Verachtung der deutschen Arbeiter verdienten; er forderte die Versammlung zur Gründung einer unabhängigen Zeitung auf. Herr Celinsly unterstützte den Antrag, der einstimmig angenommen wurde.

Spanisch Meich.

M. Pera, 15. Juni. (Von unserem Special-Correspondenten.)

